



HESSISCHER LANDTAG

13. 12. 2011

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Antrag der Fraktion der SPD betreffend Unterstützung eines NPD-Verbots

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Hessische Landtag ist der Auffassung, dass die NPD aufgrund ihrer verfassungsfeindlichen Bestrebungen, die sich in den von ihr formulierten Zielen und dem Verhalten ihrer Mitglieder widerspiegeln, eine Bedrohung für unsere Demokratie darstellt.
2. Der Hessische Landtag ist der Ansicht, dass die NPD mit ihrer Programmatik gezielt die Absicht verfolgt, die freiheitlich demokratische Grundordnung zu bekämpfen.
3. Der Hessische Landtag stellt fest, dass die NPD die obersten Prinzipien unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung ablehnt.
4. Der Hessische Landtag nimmt mit großer Sorge zur Kenntnis, dass in der rechten Szene die Gewaltbereitschaft in letzten Jahren erheblich zugenommen hat und dies auch von Teilen der NPD und ihrer Anhänger unterstützt worden ist. Dies belegt zusätzlich die aggressive und kämpferische Haltung der NPD gegenüber der bestehenden Ordnung.
5. Der Hessische Landtag fordert daher die Landesregierung auf, einen neuerlichen Antrag zur Erreichung eines NPD-Verbots zu unterstützen.

Begründung:

Die derzeitigen Ermittlungen des Generalbundesanwaltes und des Bundeskriminalamtes zur Aufklärung der bundesweit von einer rechtsradikalen Terrorgruppierung begangenen Mordserie haben bereits ergeben, dass die drei aus Thüringen stammenden Täter auch Unterstützer hatten, die der NPD zuzurechnen sind oder der NPD nahestehen.

Es verstärkt sich damit der begründete Verdacht, dass die NPD nach wie vor darauf abzielt, die freiheitlich demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen. Der Nachweis der verfassungsfeindlichen Bestrebungen erfolgt über die Ziele der Partei oder das Verhalten ihrer Anhänger.

Die Unterstützung der Terrorgruppe "Nationalsozialistischer Untergrund" (NSU) belegt, dass von der NPD nicht nur Angriffe auf Institutionen und Akteure der repräsentativen Demokratie, insbesondere auf die Parteien und den Parlamentarismus, sowie die Ablehnung ihrer zivilisatorischen Grundlegung in den Menschenrechten, insbesondere der elementaren Werte von Freiheit und Gleichheit, gebilligt werden, sondern dass mindestens von einem Teil ihrer Mitglieder und von der NPD nahestehenden Personen fremdenfeindliche Gewalttaten gebilligt und unterstützt werden.

Wiesbaden, 13. Dezember 2011

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel